

Steinindustrie klagt, will aber „Konsens“

Kritik: 30-jährige Trinkwassergenehmigung hält keine Perspektive für Steinfirmen offen

VON REINHOLD GROSSELOHMANN



Um ihr Bekenntnis zum Warsteiner Wasser zu demonstrieren, folgten Marius Risse, Franz-Bernd Köster und Raymund Risse der Bitte, sich von ihrer Kollegin Anja Mekus jeweils ein Glas Warsteiner Trinkwasser aus dem hauseigenen Soda-stream-Gerät eingießen zu lassen. Für die Warsteiner Steinunternehmen geht es bei der 30-jährigen Trinkwasser-Fördergenehmigung auch um die eigene Zukunftssicherung. Foto: großelohmann

Warstein – Geschichte wiederholt sich: „Die acht Unternehmen der Kalk- und Zementindustrie Devon Kalk, Dyckerhoff, Franz Köster Hartsteinwerke, Franz Köster GmbH, Rheinkalk, Steinwerke F.J. Risse, Fritz Weiken GmbH und Westkalk haben gestern gegen den Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg zum Betrieb des Wasserwerks Hillenberg der Stadtwerke Warstein vorsorglich Klage beim Verwaltungsgericht Arnsberg eingereicht“, so stand es vor fast genau zehn Jahren an dieser Stelle zu lesen. Und genauso ist es in der vergangenen Woche wieder passiert, nachdem die Bezirksregierung Arnsberg Ende des Jahres den Stadtwerken Warstein wieder eine 30-jährige Genehmigung zur Trinkwasserförderung erteilt hat. Was vor zehn Jahren anders war als heute: In der Zwischenzeit hat es eine Annäherung zwischen Vertretern der heimischen Steinindustrie und Trinkwasserschützern gegeben. Eindrucksvoll dokumentiert wurde dies Anfang vergangenen Jahres durch gemeinsame Unterschriften unter ein „Folgenutzungskonzept“, das nach langwierigen Verhandlungen mit Interessensvertretern aller Art in Warstein erzielt worden war. Und so zeigten sich die Vertreter der Firma Westkalk im Gespräch mit unserer Zeitung auch enttäuscht, dass es nunmehr erneut zu dieser Konfrontation kommt.

Insbesondere Marius Risse, der gemeinsam mit Verena Adler in der neuen Geschäftsführer-Generation die Verantwortung für die Zukunft der drei Warsteiner Familienunternehmen innerhalb

der Westkalk trägt, zeigte sich in der Pressekonferenz enttäuscht, dass es nicht gelungen sei, der heimischen Politik im Vorfeld die Hand zu einem gemeinsamen Weg zu reichen – so wie dies eben beim Folgenutzungskonzept gelungen sein. Nun in Zeiten der Konfrontation zurück zu fallen, nachdem es diese Annäherung gegeben habe, liege weder in seinem Interesse noch im Interesse von Verena Adler. Das gelte insbesondere auch deshalb, weil die Westkalk-Vertreter sich nach guten Gesprächen mit Vertretern der Initiative Trinkwasser auf dem Weg glaubte, Vertrauen ineinander entwickeln zu können. So seien Verena Adler und er enttäuscht gewesen, als sie ihre Vorstellungen zu den Möglichkeiten von Steinabbau und Trinkwasserschutz dem Betriebsausschuss erläutert hätten. „Wir haben das bewusst als neue Generation vorgetragen. Wir möchten raus aus den alten Ängsten. Denn es gibt heute neue technische Möglichkeiten, Steinabbau sicher zu machen, ohne das Trinkwasser zu gefährden.“

Der Knackpunkt für die aktuell vierte Generation (Köster) und fünfte Generation (Risse) ist die Tatsache, dass die neue 30-jährige Genehmigung zur Trinkwasserförderung der Steinindustrie nur noch Bestandsschutz einräumt, aber keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr in Aussicht stellt. Das aber würde das Auslaufen des Steinabbaus und damit das Ende der Familienunternehmen bedeuten. Dass dies unverhältnismäßig wäre und auch die Wichtigkeit einer nationalen Rohstoffversorgung eines Industrielandes in Krisenzeiten außer acht ließe, darauf verweisen Franz-Bernd Köster und Raymund Risse als Vertreter der Senior-Geschäftsführer-Generation. Nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Westkalk auch zu den zehn wichtigsten Steuerzahlern der Stadt Warstein gehört und eben auch eine Rolle als Wirtschaftsunternehmen in der Region spiele.

Die jetzt erfolgte Klage-Einreichung wird von den Unternehmen der Steinindustrie deshalb zunächst auch nur eingereicht, um die Frist zu wahren – wie auch 2013. Die Hoffnung ist groß, dass es noch zu einer Einigung mit der Politik kommt – auch um in Zukunft vielleicht noch intensiver zusammenzuarbeiten. „Wir haben überhaupt kein Interesse, die Wassergenehmigung zu verhindern“, sagt Marius Risse und ist sich dabei der Unterstützung durch Verena Adler sicher, die am Pressegespräch schweren Herzens nicht teilnehmen kann, weil sie kurz vor der Entbindung steht.

Von Seiten der Steinindustrie ist die Hoffnung groß, dass in den nächsten Wochen doch noch die Chance genutzt wird, einen Konsensvertrag zwischen Stadt und Steinfirmen zu erarbeiten, mit dem beide Seiten leben können. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre ist bei Franz-Bernd Köster die Sorge groß, dass ansonsten „beide Seiten das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand haben“. Er erinnert an das OVG-Urteil von 2015, als eine Betriebsgenehmigung zum Steinabbau in Suttrop nachträglich kassiert und gleichzeitig die Wasserschutzgebietsverordnung für rechtswidrig erklärt wurde. Seither ist die Bezirksregierung dabei, in dieser schwierigen Gemengelage in Warstein mühsam eine neue Verordnung zu erarbeiten. In einem „Konsensvertrag“ könnten aus Sicht von Westkalk auch Bestandteile einer neuen Wasserschutzgebietsausweisung mit eingearbeitet werden – neben konkreten Aussagen zu einem Schutzsystem beim Steinabbau. Dabei gehe es sowohl um zukünftige Erweiterungen in der Fläche als auch über Festlegungen, wie tief ein Abbau sicher vorgenommen werden kann, ohne Gefahr zu laufen, die Wasserspeicher zu gefährden. Dass die Steinindustrie im Grunde für alle Abbau-Aktivitäten wasserrechtliche Genehmigungen beantragen muss, ist seit dem 2015er Urteil sowieso klar. Weil Grundwasser „durch Abbautätigkeit in seiner natürlichen Lage beeinträchtigt wird“, so das Gericht, stellte jede Abbautätigkeit eine erlaubnispflichtige Benutzung dar, so der damalige Richter-spruch, der bis heute bei allen Aktivitäten die Marschroute vorgibt.